



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

242. 2025/462

Postulat von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 01.10.2025:

Personen, die Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe beziehen, Ausrichtung einer monatlichen Pauschale für die Beschaffung notwendiger Menstruations-hygieneartikel

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5219/2025): Menstruationsartikel sind notwendige Hygieneprodukte, auf die menstruierende Menschen kaum verzichten können. Sie verursachen erhebliche Kosten, wie manche von uns wissen. Für Menschen mit sehr knappen finanziellen Mitteln, namentlich für Menschen in der Asylfürsorge oder Sozialhilfe, können diese Kosten eine echte Belastung darstellen. Periodenarmut ist darum auch in einer wohlhabenden Stadt wie Zürich ein Thema. Niemand soll aus finanziellen Gründen auf notwendige Menstruationsprodukte verzichten oder bei deren Verwendung sparen müssen. Ein wichtiger erster Schritt im Kampf gegen Periodenarmut ist die Enttabuisierung des Themas. Das ist uns im Gemeinderat schon ein Stück weit gelungen. Wir haben schon einige Male im Zusammenhang mit verschiedenen Vorstössen über das Thema Menstruation gesprochen. Die Grünen haben sich bspw. für eine Dispensation aufgrund von starken Menstruationsschmerzen oder für die Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Toiletten eingesetzt. Es soll jedoch nicht bei dieser Enttabuisierung bleiben. Mit dem Postulat wollen wir einen weiteren Schritt tun und gezielt gegen Periodenarmut vorgehen. Das Postulat fordert den Stadtrat auf zu prüfen, wie Betroffene von Periodenarmut besser unterstützt werden können und Periodenarmut wirksam verhindert werden kann. Soziale Gerechtigkeit bedeutet auch, unterschiedliche Lebensrealitäten mitzudenken. Dazu leistet das Postulat einen Beitrag.

Jane Bailey (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Oktober 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Der Begriff Periodenarmut passt in eine Reihe moderner politischer Modewörter, die einen banalen biologischen Vorgang künstlich zu einer sozialen Tragödie aufblasen. Haben die Initianten sich überhaupt mit der Realität auseinandergesetzt? Die Stadt Zürich bietet längst eine Lösung für das Problem. Basierend auf den Postulaten GR Nrn. 2021/124 und 2021/392 wurde ein Pilotprojekt lanciert. Seit Januar 2023 stellen ganze 29 Standorte der Offenen Jugendarbeit



Zürich (OJA), der Familienzentren des Vereins ELCH für Eltere & Chind (ELCH) sowie ausgewählte städtische Einrichtungen kostenlose Tampons und Binden auf den Toiletten zur Verfügung. Dieses Angebot wird auch nach der erfolgreich abgeschlossenen Versuchsphase im Jahr 2024 weitergeführt. Alle öffentlichen Sekundarschulen und Mittelstufen in der Stadt Zürich sind heute flächendeckend mit gratis Menstruationsartikeln ausgestattet. Die Stadt Zürich bestätigt auf ihrer eigenen Webseite, dass die bisherigen Massnahmen funktionieren: «Die Evaluation im Jahr 2024 zeigte: Kostenlose Tampons und Binden in sozialen Einrichtungen bewähren sich. Das Angebot entlastet Menstruierende wirkungsvoll und trägt zur Enttabuisierung der Menstruation bei.» Was also meint dieses Postulat mit der dramatischen Behauptung, zusätzliche Massnahmen seien zwingend nötig, um Ausgrenzung und Scham zu verhindern? Wer Hygieneartikel benötigt, kann diese bereits an zahlreichen kostenlosen Abgabestellen der Stadt Zürich beziehen. Das geschieht einfach, unbürokratisch und vor allem gratis. Sogar die exakten Standorte sind auf der Webseite aufgeführt. Das Postulat fordert Massnahmen für ein Pseudoproblem, das die Stadt bereits gelöst hat und ist reine Symbolpolitik auf Kosten der Steuerzahler.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verballi (FDP): Menstruationsartikel sind natürlich notwendige Hygieneprodukte. Darum gehören sie auch zum Grundbedarf für den Lebensunterhalt, der mit den bestehenden Leistungen der Sozialhilfe, Asylfürsorge und Nothilfe abgedeckt wird. Das Postulat verlangt eine zusätzliche zweckgebundene Pauschale für eine einzelne Ausgabenposition. Die Logik des Postulats überzeugt uns nicht. Wenn für einzelne Hygiene- oder Alltagsausgaben separate Pauschalen geschaffen werden, stellt sich die Frage, wo die Grenze gezogen wird. Müssen dann nicht auch Rasierartikel, Inkontinenzeinlagen oder andere Hygieneprodukte separat abgegolten werden? Die Sozialhilfe und Asylfürsorge funktionieren bewusst nicht über eine Vielzahl einzelner Posten, sondern über einen pauschalen Grundbedarf, also über eine Gesamtpauschale. Wer Einzelpauschalen schafft, macht es nur komplizierter, bürokratischer und teurer. Die FDP lehnt das Postulat ab.

Karin Stepinski (Die Mitte): Wenn ich vorlesen würde, was ich aufgeschrieben habe, würden alle denken, ich hätte bei Marita Verballi (FDP) abgeschrieben. Die Fraktion Die Mitte ist derselben Meinung wie die FDP. Auch wir sehen es nicht als zielführend an, neue Pauschalen einzuführen, weil das zu einem Flickenteppich von Sonderregelungen führt. Das ist nicht der Sinn der Sozialhilfe. Wir erkennen das Problem. Menstruationsartikel sind kein Luxus. Es braucht sie. Ich kann der SVP beipflichten: Es gibt eine Menge Orte in Zürich, wo man diese Artikel gratis bekommt und sich ein gutes Stück weit eindecken kann. Für uns von Die Mitte stellt sich die Grundsatzfrage, was man wie finanzieren will. Wir sind dezidiert gegen Einzellösungen, darum lehnen wir den Vorstoss ab.

Rahel Hofstetter (GLP): Ich begründe den Textänderungsantrag der GLP-Fraktion. Das Anliegen verlangt nach einer differenzierten Betrachtung der betroffenen Gruppen und der Systematik der sozialen Sicherungssysteme. Daher beantragen wir, dass Sozialhilfebeziehende aus dem Postulat gestrichen werden. In der ordentlichen Sozialhilfe wird die Unterstützung auf Haushalts- und Familienebene berechnet, wodurch der Mehrbedarf für



Frauen flexibel ausgeglichen werden kann. Zudem ist die persönliche Pflege schon durch die reguläre Pauschale abgedeckt. Anders präsentiert sich die Situation für Personen in der Asylfürsorge und bei der Nothilfe. Für Menschen, die in der Nothilfe mit der minimalen persönlichen Pauschale von wenigen Franken pro Tag auskommen müssen, sind teure Monatshygieneartikel natürlich eine finanzielle Hürde. Es besteht eine reale Lücke, die wir schliessen wollen. Ich bitte Sie, dem Textänderungsantrag der GLP zuzustimmen.

Rahel Habegger (SP): Menstruationsartikel sind nicht bloss eine Wahl oder ein Luxusprodukt, sondern notwendige Hygieneartikel. Wenn diese Kosten bei einem sehr knappen Budget nicht ausreichend berücksichtigt werden, kann das zu einer zusätzlichen Belastung für Menschen führen, die ohnehin in einer schwierigen finanziellen Lage sind. Bleiben wir bei den Fakten: Das Postulat verlangt keine sofortige Systemänderung, sondern eine Prüfung, wie eine zielgerichtete und praktikable Lösung ausgestaltet werden könnte. Das ist doch sinnvoll. Gerade bei Personen in der Sozialhilfe, Asylfürsorge oder Nothilfe ist es wichtig, dass existenzielle Grundbedürfnisse realitätsnah berücksichtigt werden. Besonders betroffen können übrigens auch Familien mit menstruierenden Jugendlichen sein. Wir unterstützen diesen Vorstoss auch, weil er Fragen der Gesundheit, Würde und gesellschaftlichen Teilhabe aufgreift. Niemand sollte aus finanziellen Gründen auf ungeeignete Alternativen ausweichen oder zusätzliche Scham erleben müssen.

Selina Walgis (Grüne): Ich gehe auf die Textänderung der GLP ein. Toll, dass ihr einen Teil unseres Vorstosses unterstützt. Das ist wichtig. Es ist aber schade, dass ihr etwas Wichtiges aus unserem Postulat herausstreichen wollt. Auch für Personen, die Sozialhilfe beziehen, soll eine Lösung für Periodenarmut geschaffen werden. Das können wir nur mit diesem Vorstoss erreichen. Aktuell ist es so, dass diese Artikel Teil des Grundbedarfs sind. Es ist nicht so, dass eine Familie mehr Geld bekommt, je mehr menstruierende Frauen oder Jugendliche ihr angehören. Dieses Problem wollen wir mit dem Prüfauftrag lösen und lehnen den Antrag, die Sozialhilfe herauszustreichen, deshalb ab.

Sophie Blaser (AL): Ich bin froh, dass die SVP mit Ihrem Ablehnungsantrag uns heute ermöglicht, über die Menstruation zu reden. Sonst würden wir die Debatte vielleicht gar nicht führen. Damit tragen auch Sie substantiell zu einer Enttabuisierung im Gemeinderat bei. Es gibt viele Projekte wie gratis Menstruationsprodukte in gewissen Familienberatungsstellen oder in Schulhäusern. Aber das kann nicht die Lösung sein. Sollen Menschen, die Sozialhilfe oder Asylfürsorge beziehen, wirklich in Schulhäuser hineingehen, die keine öffentlichen Gebäude sind und auf den WC Menstruationsprodukte mitnehmen, die eigentlich für die Schüler*innen vorgesehen sind? Wenn Menschen in die Schulhäuser kommen, die dort nichts zu suchen haben, werden sie des Ortes verwiesen. Ich weiss nicht, ob es der SVP passen würde, wenn Leute aus der Asylfürsorge massenhaft in die Schulhäuser strömen, weil sie anders nicht zu den Hygieneprodukten kommen. Es gibt tatsächlich einen Grundbedarf für Hygieneprodukte. Dieser ist in der Realität aber nicht auf Frauen ausgerichtet. In Ihrer Argumentation klingt es so, als wäre das ein Spezialfall. Dem ist nicht so. Männer sind nicht die Regel, und es ist nicht die Regel, dass man nicht menstruiert. Bei 50 Prozent dieser Gesellschaft kann man davon ausgehen, dass sie die Realität der Menstruation kennen. Es handelt sich nicht um einen Sonderfall



4 / 4

und ist auch nicht mit einer Inkontinenz zu vergleichen, die uns alle vielleicht einmal betrifft. Die Menstruation ist auch keine medizinische Schwierigkeit, sondern erwartbar und prognostizierbar. Es trifft nicht alle Familien und Personen gleich. Aber diejenigen, die menstruieren, sollen genug Geld haben, um an die benötigten Produkte zu kommen, ohne dass sie diese in Schulen oder Familienzentren zusammenklauen müssen.

Das Postulat wird mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat